

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Name im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Ministerkrise in Frankreich.

Die während der letzten Tage eingelaufenen verschiedenen Nachrichten über die Ministerkrise in Frankreich haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen. In Dahomey stehen trotz der dorthin geschickten Verstärkungen noch immer nicht so viele französische Truppen, daß der Kampf gegen den kühnen und grausamen König Behanzin erfolgreich aufgenommen werden kann. In den letzten Wochen haben die vortrefflich bewaffneten Vanden dieses schwarzen Tiberius sogar einen erfolgreichen Vorstoß gemacht, der ein für die Franzosen wenig ruhmvolles Ende nahm. Diese ererbten sich zwar schließlich der Dahomeyer und schlugen sie zurück; aber dieser relative Erfolg ward nur mit schweren eigenen Verlusten erkungen. Offenbar ist die Lage in Dahomey eine für die Franzosen direkt ungünstige. Dazu kommt noch, daß die Bewegungen der Franzosen durch Eiferfüchteleien im eigenen Lager gehemmt wurden; der Befehlshaber der Marine und derjenige der Landtruppen beanspruchten jeder für sich die oberste Leitung der Operationen.

Datten die Hochposten aus West-Afrika schon eine sehr peinliche Stimmung in Paris hervorgerufen, so rief die von uns gestern bereits mitgeteilte Kunde von der Niederlage in Tonkin geradezu einen Sturm der Entrüstung hervor. Die misgünstigen Deputierten beschloßen sofort, die Angelegenheit in Form einer Interpellation in der Kammer zur Sprache zu bringen. Dies ist noch gestern geschehen, und das Resultat der Debatte war die Niederlage der Regierung, welche bei der entscheidenden Abstimmung stark in der Minorität blieb. Die in Folge dessen eingetretene Ministerkrise scheint jedoch eine partielle bleiben zu sollen. Der Marineminister Gobeaux-Cavaignac, als Sündenbock für die Schlappe in Tonkin blicken, an welcher er ebenso unschuldig ist, wie die übrigen Mitglieder des Ministeriums. Ueber den Verlauf der gestrigen Kammer-Sitzung sind dem „V. L.“ folgende Telegramme zugegangen:

Paris, 11. Juli, 7 Uhr Abends. Die öffentliche Meinung wurde in den letzten Tagen durch Depeschen aus Dahomey beunruhigt, wonach Oberst Dobbis aus Mangel an Landtruppen verhindert gewesen wäre, gewisse Angriffe des Königs Behanzin zu verhindern zu können. Auch hieß es, die Kredite für Dahomey seien längst verausgabt. Ueber diese Punkte, sowie darüber, wer eigentlich in Dahomey kommandierte, interpellierte der radikale Abgeordnete Bourquey die Minister. Der Marineminister Cavaignac bestritt sich hierauf, zu konstatieren, daß Ende dieses Monats zweitausend Mann dem Kommando der Landtruppen zur Verfügung stehen würden und daß die Blockade seit dem 18. Juni bestünde. Die Kammer nahm diese Erklärungen mit Unruhe auf, namentlich als Cavaignac für sich als Marineminister die Leitung der Expedition beanspruchte. Clemenceau griff in die Debatte ein und meinte, seines Wissens habe der König von Dahomey keine Flotte, es handle sich um einen Landfeldzug, der Kommandierende der Landtruppen müsse daher den Oberbefehl in Händen haben. Bourquey bringt hierauf folgende Tagesordnung ein: „Die Kammer fordert die Regierung auf, einem einzigen Offizier die einheitliche Leitung der militärischen Operationen in Dahomey zu übertragen.“ Cavaignac forderte dagegen die einfache Tagesordnung. Bourquey's Tagesordnung, die vor allem darauf abzielt, die Einheit des Kommandos herzustellen und die Realitäten der Offiziere der Marine und der Landarmee zu befestigen, wird mit 287 gegen 150 Stimmen angenommen. Inmitten des Tumults, welcher der Abstimmung voranging, hat Cavaignac seine Person gestiftet. Sobald das Resultat der Abstimmung verhandelt war, jogten sich die sämtlichen Minister zurück und erklärten, daß sie dem Präsidenten Carnot ihre Demission überbringen würden. Die Aufregung in den Wandelgängen ist ungeheuer. Die allgemeine Ansicht geht dahin, Carnot werde die Minister auffordern, im Amt zu bleiben. Die Kammer befand sich in Folge der Nachrichten über den Ueberfall bei Bacle in Tonkin in sehr gereizter Stimmung. Das Resultat der Abstimmung ist auch hauptsächlich diesem Umstande anzuschreiben. Ein gewiegter Parlamentarier sagte mir, daß das Kabinett, wenn es nicht über Dahomey geführt wäre, sicherlich über Tonkin gefallen sein würde.

Paris, 11. Juli, 8 Uhr 52 Minuten Abends. Angesichts des Nationalfestes am 14. Juli ist man von allen Seiten in die Minister gebrungen, daß sie ihre Demission zurückziehen möchten. Das Kabinett hat sich denn auch, natürlich mit Ausnahme Cavaignacs, bestimmen lassen, zu bleiben. Dieser selbst hat die übrigen Minister gebeten, diesmal von der Solidarität abzusehen; er allein sei und fühle sich von dem Votum getroffen. Als Nachfolger Cavaignacs werden Admiral Gervais oder Pointe d'Avray genannt. Von anderer Seite wird noch telegraphiert, daß sofort nach der entscheidenden Abstimmung eine Ministerersatzsitzung unter dem Vorsitz Carnots im Kammergebäude stattfand. Der Präsident der Republik betrat mit Entschiedenheit auf dem Verbleiben der Minister. Letztere ließen sich denn auch nicht lange bitten. Der neue Marineminister dürfte sehr bald ernannt werden. Das Ministerium Coubet-Freycinet ist seit dem 29. Februar d. J. im Amt. Am 18. Februar war das Ministerium Freycinet-Constans in Sachen des Genossenschaftsgesetzes gestürzt worden. Die sehr langwierige Ministerkrise endete schließlich damit, daß die ganze Regierung mit alleiniger Ausnahme des Herrn Constans im Amt blieb. Man hat nicht mit Unrecht geltend gemacht, daß jene Krise eine von Carnot und Freycinet angezettelte Intrigue war, welche die Entfernung des allmählich allmächtig gewordenen damaligen Ministers des Innern bezweckte. Man stellte schon damals Herrn Coubet, der an Stelle Freycinets das Präsidium im neuen Kabinett übernahm, ein ziemlich jungfräuliches Votum. Der gestrige Tag hat gezeigt, auf welche schwachen Füßen die jetzige französische Regierung steht. Der Freycinet befindet sich aber auch schon seit März 1890 im Amt, eine für französische Minister unerhörte lange Zeit.

Deutschland.

Berlin, 11. Juli. Um die erste Stellung im Sultanat Marokko fahren Spanien, England und Frankreich fort zu werben und sich gegenseitig zu bekämpfen. Da von den drei Mächten keine der anderen irgend welchen Vorrang gönnt, so erscheinen in der Regel zwei von ihnen gegen die dritte in Frontstellung. Das geschah vor einiger Zeit, als Frankreich Ansprüche im Südräumen Marokkos geltend zu machen sich ansetzte, indem es sogenannte Aufstände und Grenzverletzungen für eine Befestigung der Vafen Tuat und Tbillet, des Hinterlandes von Algier (wichtig für eine künftige Verbindung mit Senegambien einerseits und dem Tschadsee andererseits) als Vorwand nahm. Spanien und England bestritten sich sofort, den Sultan in seinem Widerstande moralisch zu unterstützen. Jetzt sieht man Spanien und Frankreich vereint den englischen Forderungen gegenüber, welche ein außerordentliches Gefährde der letzten Macht, Evan Smith, auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs an den Sultan gestellt hat. Naruhen in Tanger waren dem vorangegangen, und als England dorthin Kriegsschiffe sandte, zeigte alsbald auch Frankreich und Spanien ihre Flagge. Muley Hassan, der Sultan, der im eigenen Lande wegen der Härte seiner Steuerentwürfe fast jährlich mit aufständischen Bewegungen zu thun hat und bald hinein, bald jenen „Stamm“ züchtigen muß, würde, wenn er einer der drei Mächte allein gegenüber stünde, längst seine Unabhängigkeit eingestrichen haben, er versteht es aber, mit Geschick die Nebenbuhlerschaft der genannten Staaten zu seinem eigenen Vorteil, d. h. zur Erhaltung seiner Selbstständigkeit auszunutzen. Dieser Herrscher hat bekanntlich jüngst einen Handelsvertrag mit Deutschland abgeschlossen, wie er in der Geschichte Marokkos einzig dasteht, weil der Sultan flug genug ist, um zu wissen, daß er vom deutschen Reich keinen Eingriff in seine Unabhängigkeit zu befürchten hat. Die Engländer versuchen nun andernfalls, sich im Hinblick auf diesen Handelsvertrag auch ihrerseits eine Reihe von Vorrechten in Marokko zu erwerben. Sie fordern die Erlaubnis zur Herstellung gewisser Telegraphenlinien, Freiheit der Einfuhr von Waffen und die Errichtung einer englischen Bank in Marokko. Ferner verlangen sie Erleichterung für den Export von Grundeigentum und Erlaubnis für die Europäer zur Ausfuhr von Ackerfrüchten und Vieh. Mit diesen und anderen Forderungen, die sich auf die öffentliche Sicherheit in Tanger beziehen, hat der englische Diplomat bis jetzt nicht durchbringen können, und sein Verhältnis zu Muley Hassan schien bereits derartig gespannt, daß man vor wenigen Tagen aus Tanger telegraphisch meldete, Evan Smith sei nach Rabat, d. h. auf dem kürzesten Wege nach der Küste abgereist, wo Kriegsschiffe seiner warteten. Es scheint sich jedoch diese Meldung nicht bestätigt zu haben. Die Verhandlungen dauern vielmehr nach den letzten Nachrichten fort; es heißt, England habe auf die oben erwähnten drei ersten Forderungen verzichtet, bestesse aber auf den übrigen, namentlich der Ausfuhrfreiheit von Getreide und der Erleichterung des Grundverkehrs. Es wird aber hinzugefügt, daß der Sultan zu „heftiger Zugewandtheit“ geneigt sei. Bei der letzten diplomatischen Spannung zwischen Frankreich und England liegt die Vermutung auf der Hand, daß hauptsächlich französische Einflüsse hinter dieser Abneigung des Sultans stecken.

Wenn die Grundsteuer demnach den Charakter als Staatssteuer verlieren und demgemäß, sei es in unverständlicher, sei es in veränderter, den örtlichen Verhältnissen mehr angepaßter Gestalt, ausschließlich kommunalen Zwecken dienlich gemacht werden soll, so werden naturgemäß die Gebührensätze, welche so gut Träger kommunaler Lasten sind, wie die Ortsgemeinden, von der Maßregel nicht ausgenommen sein. Wenn dagegen insbesondere auch die Entschädigung angeführt wird, welche bei der Grundsteuerregulierung die Besitzer grundsteuerfreier oder doch bevorzugter Güter erhalten haben, so wird diesem Bedenken bezüglich derjenigen Güter, welche seit der Aufhebung des Grundsteuerprivilegs der Besitzer nicht gewahrt haben, und insbesondere bezüglich aller früher privilegierten Fideikommissgüter aus schwerer dadurch Rechnung zu tragen sein, daß die Rückzahlung der seiner Zeit ausbezahlten Entschädigungskapitalien gelegentlich vorgezogen wird. In der Form einer Amortisationsrente unter Vermittelung der Rentenkassen wird sich die Sache sehr leicht abwickeln lassen. Verwickelter liegt die Sache bezüglich solcher Güter, welche inzwischen durch Kauf oder Erbgang in andere Hände übergegangen sind. Dafür, auch in diesem Falle die Rückzahlung des Entschädigungskapitals zu fordern, spricht neben dem allgemeinen politischen Gesichtspunkte der vollen Entschädigung des Staates für die bei der Grundsteuerregulierung erlittenen Opfer der Umwandlung, daß die Erwerber solcher Güter in der Ermäßigung des Kauf- oder Annahmepreises um den kapitalisierten Betrag der Entschädigungsausgleich für die Rückzahlung des Entschädigungskapitals besitzen. Auf der anderen Seite kommt in Betracht, daß die Erwerber solcher früher privilegierten Güter sich rechtlich und thatsächlich genau in derselben Lage befinden, wie alle übrigen Grundbesitzer und es daher als eine ungerechte Belastung empfinden müssen, wenn von ihnen die Rückzahlung eines Kapitals verlangt wird, das nicht sie, sondern ihre Vorbesitzer erhalten haben. Der letzteren Erwägung dürfte das größere Gewicht beigemessen und sie daher zur Grundlage für die weitere gesetzgeberische Behandlung gewählt werden.

Die neuesten Nachrichten über den Stand der Choleraepidemie lauten, wenn zwar nicht sonderlich vertrauenswürdig, doch auch nicht eben allarmierend. Einige verstreute Fälle von Cholera nostras scheinen in London und Wien aufzutreten zu sein, in den Pariser Vororten sind dieser leichteren und minder übertragungsfähigen Erkrankungsform sogar eine nicht ganz unerhebliche Anzahl von Patienten erlegen. — Der eigentliche Feind aber ist dem mittleren und westlichen Europa heute noch so entfernt geblieben als vor Wochen und Monaten. Wenn es wahr ist, daß die eigentliche Choleraepidemie, die Zeit der schwülen Hitze, uns noch bevorsteht, so ist es nicht minder wahr, daß, unter dem hygienischen Gesichtspunkte betrachtet, die betreffenden Kulturländer, einmal gewarnt, ihre Widerstandsfähigkeit und Widerstandsbereitschaft täglich erhöhen, während es feststeht, daß die Seuche um so langsamer vor-

rückt, je näher sie dem abendländischen Kulturraum kommt. Es ist, als ob mit der strengeren Handhabung der sanitären Kontroll- und Desinfektionspraxis, mit der Reinhaltung unserer großen Städte und öffentlichen Wasserläufe, Mittel- und Westeuropa in eben dem Maße seine Anziehungskraft für die Cholera verloren hätte, wie der Osten in Folge von Vernachlässigung und Veräummung aller Art gewonnen hat. Angestrichene Gemüther mögen sich deshalb beruhigen und nicht in den Fehler verfallen, die etwaige Signalisierung vereinzelter Cholerafälle kritisch zu verallgemeinern.

Durch den Reichstag war in den von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vor gelegten Gesetzentwurf über das Telegraphenwesen des deutschen Reichs die Bestimmung hineingebracht, daß, wenn an einem Orte Telegraphenlinien für den Ortsverkehr, sei es von der Reichs-Telegraphenverwaltung, sei es von der Gemeinde-Verwaltung oder von einem anderen Unternehmer, zur Benutzung gegen Entgelt errichtet sind, jeder Eigentümer eines Grundstücks gegen Erfüllung der von jenen zu erlassenden und öffentlich bekannt zu machenden Bedingungen den Anschluß an das Lokales verlangen kann. Diese Bestimmung ist Gesetz geworden. Auf Grund derselben hat jüngst das Reichs-Postamt die Bedingungen, unter welchen die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung den Anschluß an die Stadt-Telegrapheneinrichtungen zur Ausführung bringt, im „Zentralblatt für das deutsche Reich“ veröffentlicht.

Die Ausprägungen von Reichsmünzen stellten sich im Juni d. J. auf 642,970 Mark in silbernen Münzmarken, 200,000 Mark in zweifarbigen, 50,000 Mark in einfarbigen, 224,513,80 Mark in Zwanzigpfennigstücken (Nickel) und 17,679,53 Mark in Einpfennigstücken.

Das Organ des konservativen Landesvereins im Königreich Sachsen unternimmt es heute, die Grundzüge für ein neues Programm der konservativen Partei zu entwerfen. Doch kommt auch dieser Versuch nicht über Allgemeinheiten hinaus. Starres Königtum, Verfassungstreue, Reichseinheit, Wahrung der Rechte der Einzelstaaten, Erhaltung der äußeren Machtstellung, maßvolle Kolonialpolitik, ruhige und organische Entwicklung, jedoch nur auf dem Boden des geschichtlich Gewordenen, — das sind die politischen Forderungen. Unter den wirtschaftlichen Forderungen tritt uns zuerst entgegen: ständige Sicherung des Volkes, und zwar, als Vorbedingung für eine Aenderung des Wahlrechts und der Zusammenlegung der Volksteile, die andere Forderungen. — Schatz der öffentlichen Arbeit gegen Schwindel und der wirtschaftlich Schwachen gegen kapitalistische Ausbeutung, Erhaltung und Kräftigung des Mittelstandes, Schranken gegen „die Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft durch das Kapital“ u. s. w. — sind weiter noch in diesem Entwurf glücklicherweise in der Fassung als früher. In der Einleitung und dann besonders noch in einem letzten Abschnitt wird der deutsch-nationale christliche Staat und die „wahre sittliche Erneuerung durch das lebendige Christentum“ gefordert, und zwar durch die konfessionelle Volkserziehung, „da das Christentum in der Form von Konfessionen sich geschichtlich ausgebreitet hat“. Ebenfalls könnte man, wenigstens in den meisten protestantischen Ländern sagen: in der Form von Sekten. Wenn das, was der konservative Parteitag im Herbst zu Stande bringen soll, über jene Allgemeinheiten nicht hinauskommt, wird sich die Veranstaltung desselben schwerlich lohnen, denn nicht die Grundzüge der konservativen Stellung zu Staat, Kirche und Gesellschaft sind es, über die bei Freund und Feind ein Zweifel obwalte, sondern die Anwendung dieser Grundzüge auf sehr aktuelle Zeitfragen und Zeitströmungen und andererseits die Taktik der Partei ist es, worüber die Gegner so unklar sind, wie die Parteilangehörigen selbst. Allenfalls mag bei den obigen Forderungen nur interessieren, ob die Gesamtpartei wirklich die bürgerliche Gesellschaft wieder in die bürgerlichen Gegensätze rückfallen und wie sie die Organisation und das Wahlrecht des vierten Standes gestalten will.

Cleue, 11. Juli. Unausgesetzt melden sich bei der Staatsanwaltschaft und dem Gerichte neue angebliche Verhaftungen, deren bisherige Ausgänge sich aber meist als belanglos darstellten und theilweise klärfind. Eine wichtige Ermittlung wurde durch zwei Sachverständige festgestellt. Sprengstoffe in dem bei Dufschoff beschlagnahmten Saal wurden mit jener Sprengkraft verglichen, die in der Hand des toten Kindes und in der Umgebung der Leiche gefunden wurde, und es stellte sich heraus, daß beide vollständig verschieden sind. Der ursprünglich die Untersuchung führende Landgerichtsrath Drigius, sowie der protokollierende Referendar machen die übereinstimmende Aussage, daß die Zeugen ihr Beobachtetes durch Gehörtes und Phantasiegebilde ergänzt haben; Drigius und der Referendar sind überdies der Ansicht, daß es unmöglich sei, das Kind in der Weise, wie Mörders es auslegt, in das Dufschoff'sche Haus zu ziehen. Der Versuch hat sich bei praktischer Wiederholung durch den Untersuchungsrichter als unausführbar erwiesen.

Gumburg, 11. Juli. (W. L. Z.) In den städtischen Viehhäuten am Jonas ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Durch thierärztliche Untersuchung wurde festgestellt, daß bisher 130 Schafe und 60 Kinder von der Seuche befallen sind. Um dem weiteren Umsichgreifen der Seuche vorzubeugen, sind die Viehster in den Stallungen befindlichen Tiere aufgefunden worden, dieselben bis Abends fortzunehmen. Das zurückgebliebene Vieh wird dann sofort getödtet und eine Desinfizierung der entleerten Ställe vorgenommen werden.

Dresden, 11. Juli. (W. L. Z.) Der König tritt morgen in Begleitung des Staatsministers von Meißel eine vierstägige Reise in das Vogtland an, wo er in etwa 25 Orten gewerbliche Etablissements besichtigen wird. In allen diesen Orten wird offizieller Empfang stattfinden.

Stuttgart, 11. Juli. Der König Alexander von Serbien besichtigte gestern auf der Durchreise unsere Stadt. Das Gerücht, daß er hier mit seinem Vater Milan zusammenzutreffen werde, bestätigte sich nicht. Der König fuhr nach zweitägigem Aufenthalt nach Ems weiter.

In Herenberg sind heute früh 15 Gebäude niedergebrannt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 11. Juli. (W. L. Z.) Gegenüber den Meldungen, die Einberufung der Delegationen sei für Anfang Oktober in Aussicht genommen, stellt die „Politische Korrespondenz“ fest, in maßgebenden Kreisen werde an der Absicht festgehalten, die Delegationen in der letzten Woche des September einzuberufen.

Die Regierung brachte im Herrenhaus einen Gesetzentwurf ein, betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur, der Kunst und der Photographie.

Abgeordnetenhaus. Bei der fortgesetzten Generaldebatte über die Regelung der Baluta sprachen die Abgeordneten Tim und Schlegler gegen die Annahme der Vorlagen, während die Abgeordneten Trevisan, Baernreither und Javorsek, letzterer im Namen des Polenklubs, für die Annahme derselben eintraten.

Belgien.

Antwerpen, 9. Juli. Die Stadt Antwerpen triibt Vorbereitungen zu einem großartigen historischen Festzug, der im Monat August unter der Leitung der belgischen Alterthümer-Akademie stattfinden und dem auch König Leopold II. beiwohnen wird. Es handelt sich um eine Darstellung des Einzuges der Antwerpener Rebellanten (Chambres de Rhetorique) in die Stadt Antwerpen im Jahre 1561 und ihre Theilnahme an dem sogenannten Landjuwele, d. h. einem Wettkampf der niederländischen und flämischen Dichter und Musesänger. Der Wettkampf, der durch den historischen Festzug dargestellt werden soll, fand am 3. August 1561 unter dem Protektorat der berühmten Künstlergilde von Saint Lukas statt. Am dem Einzuge nahmen damals vierzehn Künstler- und Dichtervereine Theil und diese Künstler- und Dichtervereine, von denen wir Abbildungen beifügen, sollen jetzt nach Tracht, Ausstattung und Ausstattung mit geschichtlicher Treue reproduziert werden. Der Zug wird 45 Brunnen, mit 180 Pferden bespannt, 500 Reiter und 2000 Theilnehmer zu Fuß zählen. Die Herstellung der Kostüme allein wird eine Summe von 400,000 Francs erfordern und die Kosten des gesamten Festzuges werden auf mehr als eine Million angegeben.

Franreich.

Paris, 9. Juli. Die choleraartige Seuche, die in der Vannemelle der französischen Hauptstadt seit drei Monaten haust, ist gestern in Paris selbst ausgebrochen, wo sieben Personen ihr zum Opfer fielen. Die Behörden haben alle möglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen. In den Krankenhäusern sind besondere Säle für die Choleraerkrankten hergerichtet, und falls die Seuche in der Vannemelle fortkraut, wird man auf mehreren Punkten Barakken errichten, um nicht genöthigt zu sein, die von der Cholera Befallenen nach den Pariser Krankenhäusern zu bringen. Wie jetzt ist man noch im Unklaren, ob sich die asiatische oder die heimische Cholera vor sich hat. Dr. Peter behauptet, es sei die erstere, da sich bei einem an der Seuche Verstorbenen alle Anzeichen vorfinden, während Dr. Proust die entgegengesetzte Ansicht ausspricht. Ungeachtet der Seuche und der großen Hitze, die wir gegenwärtig haben, wird die Parade am 14. Juli doch des Nachmittags um 3 Uhr, anstatt des Morgens um 9 Uhr, wie die hohen Offiziere zur Schöpfung der Truppen vielfach verlangt hatten, abgehalten werden. Der Kriegsminister war nicht abgeneigt, auf diese Wünsche einzugehen, aber der Gouverneur von Paris, General Sausser, wollte nicht darauf eingehen, und man wagte nicht, sich dem Willen des Mannes zu widersetzen, der bei einem Kriege zum Ueberflusse aussersehen ist. Er hatte heute einen Theil der Truppen, die an der Parade theilnehmen sollen, in Longchamps versammelt, um eine Generalprobe abzuhalten. Vor 9 Uhr hatten alle Truppen die Stellen eingenommen, die ihnen für die Parade angewiesen sind. Um 9 Uhr erschien Sausser mit seinen Offizieren und ritt sofort die Front ab, worauf der Vorbeimarsch begann. Um 10½ Uhr war alles beendet. Des Morgens war es nicht sehr heiß, es wehte ein ganz frischer Wind und, wie verlautet, war die Zahl der erkrankten Soldaten nur sehr gering. Bis jetzt ist das Programm für die Parade noch nicht endgültig festgelegt. Sicher ist nur, daß der Gouverneur der Hitze einige Zugeständnisse gemacht hat. Er hat es nämlich, wie er zuerst beabsichtigt, aufgegeben, die Truppen, wie es auf der alljährlichen Parade von Vincennes geschieht, Manöver machen zu lassen, und außerdem Maßregeln getroffen, um die Truppen möglichst zu schonen. So werden die Territorialbataillone, die sonst von Courbevoie auf das Paradefeld marschieren sollten, im Lager von Satory bei Versailles untergebracht und am 14. Juli auf der Eisenbahn nach Longchamps hin- und zurückgebracht werden.

Die auch in die deutsche Presse übergegangene Mitteilung, daß die französische Feldartillerie mit Schnellfeuer-Ranonen von 7,4 Zentimeter Kaliber ausgerüstet werden soll, ist mindestens verfrüht. Der Ober-Kriegsrath ist noch gar nicht mit der Sache befaßt und die Artillerie-Prüfungskommission noch mit den ersten Versuchen an verschiedenen Modellen solcher Geschütze beschäftigt.

Den „clou“ der diesjährigen Manöver soll nach Versicherung der Regierungsblätter die Theilnahme der Mischregimenter bilden. Im Ganzen werden zusammengeleitet drei Referend-Divisionen, 1 Referend-Brigade und 4 Regimenter, in Summa 18 Mischregimenter Infanterie, 3 der Kavallerie und 6 fahrende Abtheilungen Artillerie der Referend. Die Uebungen der aktiven Armee erleiden wesentliche Einschränkungen, um Mittel für die Einberufung der Referendformation flüssig zu machen. Eigentümlich ist es, daß man überhaupt noch einen ausgebeuteten Versuch mit den gemischten Regimenten macht, nachdem doch die eingeständenenmässigen die Organisation derselben sich nicht bewährt und die Kammer bereits eine neue Organisation genehmigt hat.

Aus den zahlreichen Freiwilligen der Marine-Infanterie, die sich für Dahomey gemeldet, ist eine „Marschkompanie“ zusammengestellt worden, die am 10. Juli in Bordeaux eingeschifft werden soll.

Paris, 11. Juli. (W. L. Z.) Eine hier veröffentlichte Note befragt, die Angelegenheit des französischen Generalkonsuls Jacquot in Leipzig sei der Gegenstand eines eingehenden Berichtes des französischen Botschafters in Berlin, welcher morgen oder übermorgen an das Ministerium

des Auswärtigen gelangen werde. Man kann bereits jetzt sagen, daß der Zwischenfall nicht die ihm in gewissen Meldungen zugeschriebene Bedeutung gehabt habe.

Wien, 11. Juli. (W. L. Z.) Die Verhandlungen im Prozesse Wilson wegen Wahlumtriebe wurden heute beendet, die Publikation des Urtheilspruchs wurde auf Sonnabend angeordnet. Der Verteidiger war bemüht, darzuthun, daß die Verhandlungen keinen Beweis für die Wilson zur Last gelegten Wahlbestechungen ergeben hätten.

Italien.

Rom, 11. Juli. (W. L. Z.) Der hiesige brasilianische Gesandte richtete heute an den Minister des Auswärtigen, Brin, eine Note, in der er denselben benachrichtigte, daß der Kommandant der Zollwache von Santos seines Amtes enthoben worden und daß die schuldigen Zollausfälle entlassen seien. In seiner Erwiderung erklärte der Minister, die italienische Regierung betrachte hien mit den Zwischenfall von Santos als beigelegt und beglückwünschte sich zu den seitens der brasilianischen Regierung abgegebenen Erklärungen herzlichster Freundschaft.

Der Papst schloß sich gegen den Schluß des heutigen Konfessions etwas ermüdet, war aber sonst vollkommen wohl. Ob die Allokution des Papstes, in welcher derselbe über Columbus gesprochen haben soll, noch heute veröffentlicht wird, ist noch ungewiß.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 11. Juli. (W. L. Z.) Der Storting hat auch heute seine Sitzung wegen der noch nicht beendigten Ministerkrise verschoben. Die nächste Sitzung wurde auf Mittwoch Vormittag anberaumt.

Großbritannien und Irland.

London, 9. Juli. Die düsterste Prophezeiung Gladstones, er werde das ganze Land mit sich fortziehen und mit einer ebenso großen, und wohl noch größeren Mehrheit, wie im Jahre 1885 aus Irland treten, hat sich zwar nicht bewahrheitet — wie dies schon jetzt ersichtlich ist —, andererseits kann nicht länger in Frage gestellt werden, daß die Reichspartei unterliegen wird. Die Mehrheit Gladstones dürfte sich aber kaum größer gestalten, als ich sie bereits in meinen früheren Berichten geschätzt habe, d. h. etwa 15 bis 20 — immerhin genügend, um ein Interregnum unvermeidlich zu machen.

Die Gladstone mit seiner äußerst gemäßigten Gesellschaft auskommen wird, ist eine andere Frage. Die Barnettiten und die Antiparnettiten, die sich noch immer spinnfeind gegenüberstehen, müssen zwar dem Gladstone-Ronto zugegeschrieben werden, doch nur deshalb, weil sie aus Prinzip jede bestehende Regierung bekämpfen, so auch im gegenwärtigen Falle das Regime Salisbury. Ebenfalls aus Prinzip sind die Irlander aber unerlässlich; je mehr ihnen gewährt wird, je mehr wollen sie haben. Sie wissen selber nicht, was sie eigentlich beantragen, sind sich jedoch vollkommen klar darüber, daß es „mehr“ sein muß. Gladstone will diesen Ergeßellen, die Nord und Brannschiffung, Schöpfung der Frauen und Verfallmummung des Viehs als „naturgemäße Einzelheiten“ einer politischen Agitation betrachten, ein eigenes Parlament geben, volle Kontrolle über die Polizei und öffentliche Sicherheit und unabhängige Verwaltung der Staatsmittel. Die Herren erklären aber jetzt schon, daß sie sich damit noch lange nicht zufrieden geben würden. Trennung von Großbritannien und Selbstständigkeit als eine unabhängige Macht gehören zu den weiteren Ansprüchen, die damit jedoch durchaus nicht ihr Ende erreichen. Wahrscheinlich würden sie es als ein himmelschreiendes Unrecht ansehen, wenn John Bull nicht obenrein ihre Staatsguld bezahlte und ihnen keine stehende Subvention bewilligte, oder wenn er beanstanden wollte, ihnen eine eigene Flotte und Armee zu schenken, falls Umstände es erfordern sollten, das verlassene England mit Krieg zu überziehen. Es giebt viele unerreichte Dinge in der Welt, z. B. einen Ausflug mit „Stangen“ nach dem Mond, von allen verpönt aber das Verleihen der irischen Nation „gerecht“ zu werden, die geringsten Ansprüchen auf Erfolg. Nun kommt noch dazu, daß die politischen Parteien in Irland zerfallen sind und unter sich einen Kampf führen, dessen Ausgang vorläufig noch nicht abzulesen ist. Trotzdem sie daher jetzt für Gladstone stimmen, weil er gegenwärtig am meisten verpönt, so kann Gladstone eben nur in irischen Sachen auf ihre vereinte Mitwirkung rechnen, auch in diesen nur, wenn er ihren Ansprüchen vollauf Genüge leistet, was, wie gesagt, unmöglich ist. Die irischen Parteigänger Gladstones befehlen aus „Blinden Jüngern“, — eine verschwundene kleine Gruppe —, aus den Radikalen unter Labouchere — die große Mehrzahl der Partei —, aus der Arbeiterpartei, die sich anfängt recht flüchtig zu machen, aus den in nächster Verwachung stehenden Sozialdemokraten, die ebenfalls nicht an zu großer Bescheidenheit leiden, den Freihändlern, die auch energisch für ihre besondere Sache eintreten, den Farmer-Interessenten und schließlich aus der Partei der Freien Kirche. Alle erwarten dem Versprechen Gladstones gemäß eine ganz besondere Berücksichtigung und werden sich entschieden von ihm abwenden, wenn er kein Wort nicht hält. Am eigenen Herd erwartet den „großen alten Mann“ demnach eine nette Verachtung, selbst wenn er eine gegen Erwarten große Mehrheit erhalten sollte. Lange also kann sich Gladstone nicht im Sattel halten, da er aber in der kürzesten Zeit viel Unheil anrichten könnte und würde, so sind die Aussichten für Englands nächste Zukunft nicht eben rosig.

(N. Pr. Ztg.)

London, 11. Juli. (W. L. Z.) Wie das „Deutsche Bureau“ aus Sanibar von heute meldet, hätten die Konsole der verschiedenen Nationalitäten mit Ausnahme Frankreichs dem britischen Generalkonsul Portal amüßig mitgeteilt, daß sie das Recht Englands, als der Schutzmacht von Sanibar zur Regelung des Verkehrs geistiger Getränke in Sanibar anerkennen und die betreffenden Landesangehörigen angewiesen hätten, sich den englischen Verordnungen zu fügen. Der französische Konsul bestreite auf dem Rechte unbeschränkter Verkauf von Spirituosen seitens der französischen Unterthanen, weil der französische Vertrag von 1844 mit Portugal den Vorrang habe vor der Brüsseler Konferenzakte.

